



---

# **Bieterleitfaden**

---

**Rahmenvertrag zur Durchführung von  
Bestattungsdienstleistungen für das Ordnungsamt der  
Stadt Essen**

**V-2026-0043**

**Offenes Verfahren**

---

## Inhalt

Anlagenverzeichnis .....	2
1 Verfahren der Auftragsvergabe.....	3
1.1 Angaben zur Verfahrensart.....	3
1.2 Übersicht der Verfahrensfristen .....	3
1.3 Form und Übermittlung des Angebots.....	3
1.4 Anforderungen an das Angebot .....	4
1.5 Angebotsinhalte.....	4
1.6 Angebotsausschluss.....	5
1.7 Weitere Hinweise zur Erstellung des Angebots .....	5
1.8 Kommunikation .....	6
1.9 Unklarheiten der Vergabeunterlagen/Bieterfragen.....	6
2 Hinweise zur Prüfung und Wertung von Angeboten.....	6
3 Eignung .....	6
3.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung .....	6
3.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	6
3.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit .....	7
4 Zuschlagskriterien.....	8
5 Bietergemeinschaften, Unterauftragsvergabe, Eignungsleihe .....	9
5.1 Bietergemeinschaften .....	9
5.2 Unterauftragsvergabe.....	9
5.3 Eignungsleihe.....	9

---

## Anlagenverzeichnis

Zur Vereinfachung der Angebotsabgabe werden dem Bieter folgende Anlagen zur Verfügung gestellt:

Anlage 01	Leistungsbeschreibung
Anlage 02	Preisblatt
Anlage 03	Eigenerklärung zur Eignung
Anlage 04	Eigenerklärung Mindestlohngesetz
Anlage 05	Eigenerklärung zum 5. EU Sanktionspaket gegen Russland
Anlage 06	Eigenerklärung Informationen zum Bieter
Anlage 07	Datenschutzerklärung
Anlage 08	Bietergemeinschaftserklärung
Anlage 09	Unterauftragsnahme/Eignungsleihe
Anlage 10	Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher

Weitere Anlagen:

- Angebotsaufforderung
- Angebotsvordruck
- Checkliste der einzureichenden Unterlagen
- Mustervertrag über ordnungsbehördliche Bestattungen
- Bewerbungsbedingungen
- Zusätzliche Vertragsbedingungen
- Besondere Vertragsbedingungen TVgG
- Hinweise Einreichung elektronischer Angebote
- Datenschutzzinformationen DSGVO

## 1 Verfahren der Auftragsvergabe

Die Stadt Essen als Auftraggeberin beabsichtigt den Abschluss von einem Rahmenvertrag zur Durchführung von Bestattungsdienstleistungen für das Ordnungsamt der Stadt Essen.

Die Inhalte richten sich in vertraglicher und technischer Hinsicht nach der beiliegenden Leistungsbeschreibung (Anlage 01) sowie dem Preisblatt (Anlage 02). Für den Verfahrensablauf und die anschließende Leistungserbringung sind weiterhin die Bedingungen und Angaben im vorliegenden Bieterleitfaden maßgeblich.

### 1.1 Angaben zur Verfahrensart

Die Ausschreibung erfolgt dabei im Wege eines offenen Verfahrens gem. § 15 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV). Bei dieser Verfahrensart fordert der öffentliche Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten auf. Jedes interessierte Unternehmen kann ein Angebot abgeben.

### 1.2 Übersicht der Verfahrensfristen

Für die durchzuführende Ausschreibung sind die nachstehenden Fristen maßgeblich:

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| • Veröffentlichung:                        | 08.06.2026            |
| • Frist zur Einreichung von Bieterfragen:  | 01.07.2026            |
| • Frist zur Beantwortung von Bieterfragen: | 02.07.2026            |
| • Angebotsfrist:                           | 09.07.2026, 14:00 Uhr |
| • Zuschlagsfrist:                          | 26.08.2026            |
| • Leistungszeitraum:                       | 01.01.2027            |

### 1.3 Form und Übermittlung des Angebots

Angebote sind elektronisch in Textform nach § 126b BGB bis zum Ablauf der maßgeblichen Angebotsfrist über den Vergabemarktplatz des Landes NRW [www.evergabe.nrw.de](http://www.evergabe.nrw.de) einzureichen. Hierzu ist eine kostenlose Registrierung **zwingend** erforderlich.

Informationen zu den zu verwendenden elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Angebote sowie zu Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den auf dem Vergabemarktplatz des Landes NRW hinterlegten Nutzungsbedingungen.

Sämtliche Informationen zum Verfahren sind auf dem Vergabemarktplatz hinterlegt (Bekanntmachungsinformationen, Vergabeunterlagen und die Kommunikation).

Das Hochladen, die Verschlüsselung des Angebotes und die Weiterleitung erfolgt mit dem vom Vergabemarktplatz NRW zur Verfügung gestellten Bietertool. Das Hochladen ist nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich.

Weitere Informationen zum Bietertool und zum technischen Betrieb stehen Ihnen unter [www.vergabe.nrw.de](http://www.vergabe.nrw.de) im Bereich Wirtschaft/Einkauf NRW/Vergabemarktplatz und insb. unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/> zur Verfügung.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB gilt das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben. Evtl. in den vorgegebenen Formularen enthaltene Eintragungsmöglichkeiten für Unterschrift/ Firmenstempel sind nicht auszufüllen.

Bei Angeboten von Bietergemeinschaften muss das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB hochgeladen werden.

Etwaige Erklärungen Dritter (bspw. Verpflichtungserklärung Nachunternehmer, Bietergemeinschaftserklärung) sind signiert dem Angebot beizufügen. Hierzu können folgende Möglichkeiten genutzt werden:

- Datei der unterschriebenen und eingescannten Dritterklärung,
- Datei der unterschriebenen und abfotografierten Dritterklärung,
- Datei der E-Mail, mit dem der Dritte seine Erklärung an den Bewerber/Bieter übersandt hat.

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen oder Rücknahmen des Angebots, sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen.

Bei Auftreten technischer Probleme, welche im Verantwortungsbereich der Vergabestelle liegen, hat der Bieter diese gegenüber der Vergabestelle anzuzeigen, um ggf. eine Fristverlängerung zur Angebotsabgabe zu erwirken.

#### 1.4 Anforderungen an das Angebot

Das Angebot muss alle Mindestanforderungen erfüllen und darf nicht von den Vertragsbedingungen abweichen.

Für die Angebotserstellung sind die von der Auftraggeberin übersandten Formulare zu verwenden.

Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen. Das Angebot muss in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abgefasst sein. Änderungen oder Berichtigungen sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Eine Verspätung führt zum Ausschluss. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote zurückgezogen werden.

Im Übrigen sind alle in dieser Ausschreibung darüber hinaus geforderten Angaben bzw. Erklärungen und Zusagen den Angebotsunterlagen beizufügen.

Eine Übermittlung der Angebote ist ausschließlich auf elektronischem Wege zugelassen.

#### 1.5 Angebotsinhalte

Mit Ihrem Angebot sind mindestens die folgenden Unterlagen einzureichen:

- Ausgefüllter Angebotsvordruck
- Ausgefülltes Preisblatt (Anlage 02)

- Eigenerklärung zur Eignung (Anlage 03)
- Eigenerklärung Mindestlohngesetz (Anlage 04)
- Eigenerklärung zum 5. EU Sanktionspaket gegen Russland (Anlage 05)
- Eigenerklärung Informationen zum Bieter (Anlage 06)
- Eigenerklärung Datenschutzerklärung (Anlage 07)
- Sonst. Nachweise gem. der Checkliste der einzureichenden Unterlagen
- Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (Anlage 08), falls erforderlich
- Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe (Anlage 09) bzw. Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher (Anlage 10), falls erforderlich

### 1.6 Angebotsausschluss

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass von dem Bieter anderslautende Bedingungen bei einem zustande kommenden Vertrag nicht gelten.

Angebote von Unternehmen, welche die Eignungsanforderungen gem. Ziff. 3 des Bieterleitfadens nicht erfüllen oder die wegen des Vorliegens von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 122 GWB ff. ausgeschlossen worden sind, werden bei der Wertung nicht berücksichtigt.

Die Auftraggeberin behält sich die Nachforderungsmöglichkeit gem. § 56 (VgV) vor. Dies bedeutet, dass fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen sowie fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen, die nicht die Wirtschaftlichkeitsbewertung betreffen, nachgefordert werden können (vgl. § 56 Abs. 2, 3 VgV).

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass vom Bieter anderslautende Bedingungen bei einem zustande kommenden Vertrag nicht gelten.

Die Vergabestelle weist hinsichtlich eines möglichen Angebotsausschlusses insgesamt auf die im § 57 VgV aufgeführten Ausschlussgründe hin.

### 1.7 Weitere Hinweise zur Erstellung des Angebots

- Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung gewährt.
- Dem Angebot beigelegte Unterlagen gehen, sofern nichts anderes vereinbart, ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum der Auftraggeberin über.
- Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Jede Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) der Vergabeunterlagen ohne schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin ist unzulässig.
- Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen der Auftraggeberin Verschwiegenheit zu wahren.

## 1.8 Kommunikation

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere Nachforderungen sowie das Stellen von Bieterfragen und deren Beantwortung erfolgt ausschließlich elektronisch über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes. Telefonische Auskünfte werden von der Auftraggeberin nicht erteilt. Zur Kommunikation ist eine Registrierung auf dem Vergabemarktplatz zwingend erforderlich.

## 1.9 Unklarheiten der Vergabeunterlagen/Bieterfragen

Enthalten die Vergabeunterlagen Unklarheiten oder bestehen sonstige Rückfragen zur Angebotserstellung, so sind diese unverzüglich und ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes bis zur maßgeblichen Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen zu stellen.

Die Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Die Antworten sowie ggf. weitere Informationen zum Verfahren bzw. zu den Vergabeunterlagen werden zeitgleich und anonymisiert allen Bietern über den Kommunikationsbereich eingestellt.

## 2 Hinweise zur Prüfung und Wertung von Angeboten

Es gelangen nur diejenigen Angebote in die Prüfung und Wertung, die form- und fristgerecht eingegangen sind und sämtliche Anforderungen nach diesen Vergabeunterlagen vollumfänglich erfüllen und nicht von den Vergabeunterlagen abweichen. Hierbei sind folgende Wertungsstufen maßgeblich:

- formale Vollständigkeit und Richtigkeit
- Eignung der Bieter\*innen
- Angemessenheit der Preise

Unter den verbleibenden wertungsfähigen Angeboten wird der Zuschlag auf das wirtschaftlichste erteilt.

## 3 Eignung

Es werden gem. § 42 Abs. 1 VgV nur Bieter berücksichtigt, welche die für die zu vergebende Leistung erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit besitzen und diese nachgewiesen haben.

Im Rahmen dieser Ausschreibung werden folgende Eignungsanforderungen für die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit festgelegt:

### 3.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften (Abfrage gem. Anlage 03)
- Eintragungen im Berufsregister (Abfrage gem. Anlage 03)
- Eintragungen im Handelsregister (Abfrage gem. Anlage 03)

### 3.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (Abfrage gem. Anlage 03). Bietergemeinschaften haben entsprechende Umsatzangaben für alle Mitglieder zu machen; es genügt die entsprechende Summenangabe für alle Mitglieder zusammen.

### 3.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Eigenerklärung zur Eignung für nicht präqualifizierte Unternehmen gem. beigefügtem Vordruck Eintragung (Anlage 03) oder alternativ bei Eintragung in die Bieterdatenbank PQ-VOL ein Zertifikat über diese Eintragung.  
Die Anlage 03 fordert, neben den bereits unter Ziff. 3.1 und Ziff. 3.2 aufgeführten Angaben, Angaben zu folgenden Punkten:
  - Zuverlässigkeitserklärungen (§ 122 ff. GWB)
  - Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte
- Durch den\*die Bieter\*in ist zum Nachweis der beruflichen Leistungsfähigkeit min. eine unternehmensbezogene Referenzleistung nachzuweisen. Maßgeblich hierfür sind die in der Eigenerklärung zur Eignung (Anlage 03) getätigten Angaben. Folgende Anforderungen werden an die Referenzen gestellt:
  - Durchführung von Bestattungsdienstleistungen vergleichbar zu der hier ausgeschriebenen Leistung, wobei die Inhalte dann als vergleichbar gelten, wenn sie mindestens zwei der genannten Leistungen gem. der Leistungsbeschreibung aufweisen.
  - Auftraggeber muss eine Kommune > 100.000 Einwohner gewesen sein
  - Die Referenzen dürfen max. 3 Jahre zurückliegen (Stichtag 01.06.2026; maßgeblicher Zeitraum 01.06.2023 – 01.06.2026)
- Gewerbeanmeldung oder gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes.
- Berufs-/Haftpflichtversicherungsnachweis oder gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Versicherung gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden (in Höhe von mindestens 1.000.000,00 Euro gegen Personenschäden; 100.000 Euro gegen Sachschäden; 50.000,00 Euro gegen Vermögensschäden) nachzuweisen, die alle aus dem Vertrag entstehenden Risiken abdeckt. Er hat den Abschluss der Versicherung auf seine Kosten bei Vertragsabschluss und die Zahlung der jeweiligen fälligen Prämie auf Verlangen nachzuweisen.
- Mitgliedsbescheinigung der Berufsgenossenschaft oder gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes
- Nachweis der Zulassung der Essener Friedhofsverwaltung zum Ausführen der mit dem Auftrag zusammenhängenden Tätigkeiten auf kommunalen Friedhöfen in Essen
- Führungszeugnis (BZR2, Belegart 0) und Gewerbezentralregister (GZR3, Belegart 9) des Firmeninhabers, nicht älter als 6 Monate oder gleichwertige Urkunde einer zuständigen



---

Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes

- Nachweis darüber, dass der Auftragnehmer sich den Leitlinien des Verbandes deutscher Bestatter (VDB) verbunden fühlt und die Bezeichnung „Geprüfter Bestatter“ oder eine gleichwertige Qualifikation einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes führt
- Eigenerklärung zum Datenschutz und zur Geheimhaltung (Anlage 07 Datenschutzerklärung)
- Nachweis, dass über mindestens zwei Fahrzeuge verfügt wird, die der DIN 75081 oder einer vergleichbaren Norm des Herkunftslandes entsprechen + Kopien der Fahrzeugbriefe (Zulassungsbescheinigung Teil 2) aller zur Verfügung stehenden Fahrzeuge
- Auszug aus der Schuldnerkartei oder gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes
- Unbedenklichkeitsbescheinigung bzw. Auskünfte in Steuersachen des Finanzamtes (Firmensitz, sonst Wohnsitz) oder gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes
- Unbedenklichkeitsbescheinigung bzw. Auskünfte in Steuersachen der Gemeindekasse (Firmensitz, sonst Wohnsitz) oder gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes
- Auskünfte aus dem Insolvenzregister beim Amtsgericht des Firmensitzes oder Wohnortes
- Zertifizierung gemäß DIN EN 15017 oder einer vergleichbaren Norm des Herkunftslandes (Die Gleichwertigkeit ist nachzuweisen)
- Bei einer juristischen Person sind für diese zusätzlich vorzulegen (neben den genannten Unterlagen für die natürlichen Personen):
  - die Auskünfte in Steuersachen auch für die juristische Person, sofern diese bereits im Register eingetragen ist
  - aktueller Auszug aus dem Erfassungsregister (Handelsregister / Vereinsregister / Genossenschaftsregister / bei ausländischen Gesellschaften vergleichbares Register)
  - Original und Kopie des Gründungsbeschlusses / der Satzung / des Gesellschaftervertrages
  - Auszug aus dem Gewerbezentralregister (GZR4, Belegart 9)

#### 4 Zuschlagskriterien

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots wird der Angebotspreis zugrunde gelegt. Unter den eingegangenen und wertungsfähigen Angeboten wird der Zuschlag auf das Angebot mit dem niedrigsten Bruttogesamtpreis erteilt. Dieser ergibt sich aus den vom Bieter im Preisblatt (Anlage 02) zu hinterlegenden Preisangaben. Einziges Zuschlagskriterium ist somit der Preis.

Bei der Kalkulation der Preise ist zu Grunde zu legen, dass seitens der Stadt Essen voraussichtlich ca. 464 Bestattungen sowie ca. 80 Überführungsfahrten pro Jahr in Auftrag gegeben werden. Diese Schätzung basiert auf den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre. Die tatsächliche Fallzahl kann höher oder geringer sein. Diese Angaben sind daher unverbindlich; aus ihnen können keine Ansprüche abgeleitet werden. Eine Mehrbeauftragung von bis zu 10% hat der Auftragnehmer zu den mit der Angebotsabgabe mitgeteilten Bedingungen zu garantieren.

Hinweis: Der vereinbarte Preis gilt auch für Fälle, in denen die Bestattungsrechnung durch das Amt für Soziales und Wohnen, Fachbereich 50 oder unmittelbar aus dem Nachlass des Verstorbenen bezahlt wird.

Sollten mehrere Angebote den selben Bruttopreis aufweisen, wird bei der Zuschlagsentscheidung als weiteres Wertungskriterium der angebotene Skonto berücksichtigt, sofern als Zahlungsziel mindestens 14 Tage gelten. Sollte auch hierbei Gleichheit zwischen mindestens zwei Angeboten herrschen, wird eine Entscheidung durch das Los herbeigeführt.

Beim Losentscheid erhält jedes gleichwertige Angebot ein Los. Das gezogene Los entscheidet über den Zuschlag. Der Losentscheid wird protokolliert und erfolgt in Anwesenheit von Mitarbeitenden der Vergabestelle sowie der Bedarfsstelle (Fachbereich 32).

## 5 Bietergemeinschaften, Unterauftragsvergabe, Eignungsleihe

### 5.1 Bietergemeinschaften

Sofern eine Bietergemeinschaft als Auftragnehmer auftritt, ist die Anlage 08 einzureichen.

### 5.2 Unterauftragsvergabe

Sofern beabsichtigt ist, Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, sind die entsprechenden Teile des Auftrags mit Angebotsabgabe zu benennen. Hierzu ist die Anlage 09 zu füllen und dem Angebot beizulegen. Sämtliche im Rahmen der Vertragsausführung niedergelegten Pflichten treffen den Auftragnehmer und dessen Erfüllungsgehilfen (Nachunternehmer, kooperierende Unternehmer, eingesetzte Drittunternehmer etc.) gleichermaßen. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die für die Leistungserbringung eingesetzten Erfüllungsgehilfen über diese Leistungsbeschreibung, den Anlagen sowie der ggf. während der Angebotsphase erfolgten Bieterkommunikation informiert sind.

Vor Zuschlagserteilung wird von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangt, die Unterauftragnehmer zu benennen, sofern dies nicht bereits bei Angebotsabgabe erfolgt ist. Darüber hinaus ist vor Zuschlagserteilung die Verpflichtungserklärung gem. Anlage 10 beizubringen. Der Auftragnehmer darf ausschließlich die vor Auftragserteilung benannten Subunternehmer beauftragen. Jede Beauftragung eines weiteren Subunternehmers bedarf im Einzelfall der Genehmigung der Auftraggeberin.

### 5.3 Eignungsleihe

Einzelbietern steht die Möglichkeit der Eignungsleihe unter den gesetzlichen Voraussetzungen (vgl. § 47 VgV) offen. Beabsichtigt der Bieter, sich bei der Erfüllung des Auftrages im Hinblick auf die erforderliche

---

wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe), so sind die entsprechenden Anlagen (Anlage 09 und Anlage 10) sowie die einschlägigen Nachweise bei Angebotsabgabe einzureichen.